

19. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

Alle Opfer in den Reihen der Nachfolgestaaten der Sowjetunion beim Gedenken an den 8. Mai berücksichtigen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, in Vorbereitung des 80. Jahrestages des Gedenkens an die Befreiung vom Nationalsozialismus

1. Maßnahmen zu ergreifen, um der Opfer in den Reihen der Roten Armee (Russlands und der Nachfolgestaaten der Sowjetunion) im Zweiten Weltkrieg zu gedenken;
2. die Gedenkstätten in Tiergarten, Treptow und Schönholz daraufhin zu prüfen, ob die Rolle der einzelnen Volksgruppen der Sowjetunion entsprechend gewürdigt wird;
3. in den Gedenkstätten darüber zu informieren, dass alle Völker der Sowjetunion an der Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus unter größten Opfern teilgenommen haben;
4. in den Gedenkstätten in geeigneter Form zu erläutern, dass die Symboliken und Texte an den Mahnmalen angesichts der historischen Entwicklung einem veränderten Kontext unterliegen.

Begründung:

Die Befreiung vom Nationalsozialismus verdankt das Land Berlin den Alliierten und der Roten Armee, die unsere Stadt im Mai 1945 eingenommen und die NS- Gewaltherrschaft beendet hat.

Die Sowjetunion hat sich nach 1990 aufgelöst. Russland sieht sich als Nachfolger. Dabei gerät beim Gedenken an die Befreiung aus dem Blick, dass die Sowjetunion aus vielen Nationen bestand und dass es Kriegsgräber von Russen, Ukrainern, Usbeken und diversen anderen Nationen gibt.

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine beeinflusst auch das Gedenken an die Befreiung in Berlin. Russland hat durch den Überfall ein gemeinsames Gedenken unmöglich gemacht.

Das Land Berlin begeht jedes Jahr mit hochrangigen Delegationen den 8. Mai an verschiedenen Gedenkort. Angesichts des bevorstehenden 80. Jahrestages muss deshalb sichergestellt werden, dass aller Opfer in den Reihen der Roten Armee (Russlands und der Nachfolgestaaten der Sowjetunion) gedacht wird. Die drei großen Gedenkort werden vom Land Berlin gepflegt und denkmalgerecht instandgehalten. Grundlage dafür sind Verträge in der Folge der 2+4 Verhandlungen. Deshalb ist das Land Berlin auch gefordert, an den Gedenkort notwendige historische Erläuterungen vorzunehmen.

Berlin, 11. März 2025

Stettner Dr. Juhnke
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU

Saleh Geisel
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der SPD